Nummer 31 — Berlin, 31. Juli 1926 — 36. Jahrgang

# Verbands-Zeitung

Publikationsorgan des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands
(vormals: Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen)

Erscheint wöchentlich.
Bezugspreis: Ab 1. April 1924: monatlich 1,20 R.-Mark.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Verleger und verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Lichtenberg
Redaktion und Expedition: Berlin NW. 40, Reichstagsufer 3
Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Insertionspreis
Geschäftsanzeigen: die sechsgespaltene Nonpareillezeile 60 Goldpfennig.
Gratulationen d. Zeile 50 Goldpfg., für Todesanzeigen d. Zeile 40 Goldpfg.

## Unser Verband im Jahre 1925.

II.

In der Vorkriegszeit hing die Entwicklung der Verbandsfinanzen zum großen Teil mit der Entwicklung der Mitgliederzahl zusammen. War der Umfang und die Dauer der Kämpfe nicht anormal, so wuchs mit der Mitgliederzahl auch das Verbandsvermögen. Wie die natürlichen Gesetze der Entwicklung der Vorkriegszeit für manche anderen Einrichtungen des wirtschaftlichen Lebens nicht mehr richtunggebend sind, so waren auf die Gestaltung unserer Kassenverhältnisse ebenfalls andere Faktoren ausschlaggebend. In erster Linie gehört hierhin die sich bedeutend gebesserte Beitragszahlung. Die Inflationswirkungen ebbten noch mehr ab. Die Mitglieder sehen nunmehr ein, daß pünktliches und richtiges Beitragszahlen nicht nur eine gewerkschaftliche Tugend ist, sondern geradezu eine der wichtigsten Voraussetzungen für ein ordnungsmäßiges Kassengebahren. Auch die Erkenntnis in die Richtigkeit unseres Beitragssystems dringt immer mehr, selbst in die jünsten Mitgliederreihen, ein. Nach unserem Beitragssystem richtet sich die Höhe der Beiträge nach dem Einkommen der Mitglieder. Mit der Erhöhung der Löhne wuchsen auch die Beiträge.

Unser Durchschnittsbeitrag betrug in Pfennigen.

| | I | II | III | IV | Im Jahresdurchschnitt |
|---|---|---|---|---|---|
| 1924: | 46,1 | 52,1 | 58,9 | 66,3 | 55,9 |
| 1925: | 70,0 | 73,9 | 82,0 | 84,9 | 77,7 |

Mit festen Beiträgen wäre der Erfolg auf dem Gebiete der Beitragsanpassung an die durch Krieg und Inflation herbeigeführten völlig veränderten Verhältnisse nicht möglich gewesen. Der neuerliche Erfolg unseres Beitragssystems drückt sich aus in einer Mehreinnahme von rund 881 000 Mk. für die Verbandskasse gegenüber 1924. Auf Grund der Quartalsabrechnungen betrugen Einnahmen, Ausgaben, Ueberschuß und Vermögen des Verbandes

| | Einnahmen Mk. | Ausgaben Mk. | Ueberschuß Mk. | Vermögen am Jahresschluß Mk. |
|---|---|---|---|---|
| 1924 | 1 615 874,59 | 1 010 493,73 | 596 380,86 | 429 061,62 |
| 1925 | 2 510 891,41 | 2 082 113,27 | 428 778,14 | 956 373,14 |

Die unter Vermögen festgehaltenen Zahlen beziehen sich auf die buchmäßigen Ausweise der Hauptkasse. Diese Ziffern der beiden Jahre sind nicht ganz miteinander vergleichbar. Zum Vermögen sind 1925 die Aufwertungsbeträge hinzugekommen, die infolge der neuen Aufwertungsgrundsätze Ende 1924 noch nicht bekannt sein konnten. Einige gestellte Aufwertungsanträge sind noch nicht entschieden.

Es steht zu erwarten, daß Ende 1926 ein völlig klares Bild über unser Vermögen gezeigt werden kann.

Im Jahre 1924 hatte unser Verband seit seinem 40jährigen Bestehen zum drittenmal Extrabeiträge erhoben. Wenn wir im Jahre 1925 keine Extrabeiträge erheben brauchten, wie manche anderen Verbände und trotzdem außergewöhnlich viele Bewegungen mit starken finanziellen Anforderungen durchführten, so ist das zum Teil darauf zurückzuführen, daß die Mitglieder unseres Verbandes nicht in so starkem Maße von der Arbeitslosigkeit erfaßt wurden wie in anderen Verbänden. In der Hauptsache dürfte das aber unserem Beitragssystem zu danken sein. — Die Mehreinnahmen des Verbandes konnten nicht ausschließlich für zukünftige Kampfeszwecke reserviert werden. Sie wurden größteneils im selben Jahre gebraucht, um die gegenwärtige wirtschaftliche Lage unserer Mitglieder zu verbessern. Das geht schon durch den doppelten Aufwand für Kampfeszwecke gegenüber 1924 hervor. Durch die Anspannung der Mittel für Kampfeszwecke sind aber nicht etwa die sozialen Aufgaben des Verbandes beeinträchtigt worden. Das Doppelte zum Teil das Dreifache betragen die absoluten Summen für die sozialen Unterstützungen.

| Im Jahre | Krankenunterstützung Mk. | Arbeitslosenunterstützung Mk. | Notunterstützung Mk. | Gemaßregelten-unterst. Mk. | Streikunterstützung Mk. | Rechtsschutz Mk. | Notunterstützung Bankfall Mk. | Umzugsunterstützung Mk. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| a) Absolut | | | | | | | | |
| 1924 | 71 018 | 61 604 | 15 482 | 8 736 | 188 229 | 8 505 | 14 778 | 2 281 |
| 1925 | 264 590 | 154 480 | 61 697 | 8 494 | 380 545 | 10 837 | 9 747 | 5 268 |
| b) pro Mitglied Mk. | | | | | | | | |
| 1924 | 1,09 | 0,95 | 0,24 | 0,13 | 2,89 | 0,14 | 0,21 | 0,03 |
| 1925 | 3,87 | 2,26 | 0,90 | 0,12 | 5,57 | 0,15 | 0,14 | 0,07 |

Wie sich die Ausgaben für Unterstützungen einschließlich der Kampfesunterstützungen im einzelnen entwickeln und wie hoch die Beitrags- sowie Unterstützungsquote pro Mitglied sich beziffern, das zeigen vorstehende Zahlenreihen an.

Aus diesem Zahlenmaterial geht hervor, daß der Verband im vorigen Jahre gegenüber dem Jahre 1924 außergewöhnliches leistete. So kam es, daß ein größerer Teil der Beiträge in Form von Unterstützungen aller Art an die Mitglieder zurückfloß.

| Im Jahre | Geleistete Beiträge | | Direkt zurückgezahlte Unterstützg. | |
|---|---|---|---|---|
| | Insgesamt Mk. | pro Mitglied Mk. | pro Mitglied Mk. | Von je 1000 Mk Beiträgen Mk |
| 1924 | 1 513 376 | 23,24 | 5,68 | 24,44 |
| 1925 | 2 394 344 | 35,03 | 13,08 | 37,70 |

Der Durchschnittsjahresbeitrag erhöhte sich und gemäß unseres Beitragssystems erhöhten sich die Unterstützungssätze. Die Letzteren gingen noch über die Beitragssteigerungen hinaus. Diese bedeutend höheren Leistungen des Verbandes gegenüber den Mitgliedern waren für das vergangene Jahr durchaus angebracht. Die zahlreichen Kämpfe des vergangenen Jahres erforderten zu ihrer erfolgreichen Durchführung höhere Streikunterstützungen wie im Jahre zuvor. Die Entschließungen unserer Mitglieder zu gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen sollen durch andere Dinge richtunggebend sein, als durch die Sorge wegen evtl. ungenügender Unterstützung.

Es wäre allerdings erwünscht gewesen, daß die Ueberschüsse des Jahres 1925 noch größer gewesen wären. Hohe Reserven stärken die Macht des Verbandes. Es kommt aber nicht darauf an, daß hohe Reserven vorhanden sind, sondern das sie zur rechten Zeit eingesetzt werden. Das war nie notwendiger wie im vergangenen Jahre. Das Lohnniveau des Jahres 1924 durfte nicht bestehen bleiben, sollten nicht unsere Mitglieder der Verelendung vollkommen preisgegeben und der Volkswirtschaft durch die niedrige Kaufkraft unendlicher Schaden zugefügt werden.

Auch die sozialen Unterstützungen die der Verband im vergangenen Jahre in viel höherem Maße zahlte, waren durchaus notwendig. Zahlreiche arbeitslose und kranke Mitglieder sind nun einmal auf diese angewiesen und bedeuten für sie eine große Hilfe. Die Bedenken mancher Kollegen, der Verband würde durch die sozialen Unterstützungseinrichtungen seines Kampfcharakters entkleidet, können ruhig zurückgestellt werden. Diese Bedenken können vor allem über das Vergangene keinen Rückhalt in den Tatsachen finden, sobald wir einen Vergleich mi den letzten drei normalen Vorkriegsjahren ziehen. In den letzten drei Vorkriegsjahren 1911, 1912 und 1913 wurden zusammen an Streikunterstützungen gezahlt:

**387 633 Mk.**

Im Jahre 1925 aber ebenfalls nur an Streikunterstützung

**380 545 Mk.**

**Also im Jahre 1925 wurde an Streikunterstützung etwa ebenso viel gezahlt wie in den drei letzten Vorkriegsjahren zusammen.**

Durch kein Wort kann der Kampfcharakter unseres Verbandes besser bewiesen werden, wie durch diese Zahlen.

Auch unsere Lokalkassen haben sich im Berichtsjahre erholt. Die gesamten Einnahmen und Ausgaben für die letzten beiden Jahre betrugen:

| | Einnahmen | Ausgaben |
|---|---|---|
| 1924 . . . . . | 368 278,50 Mk. | 231 413,76 Mk. |
| 1925 . . . . . | 541 776,62 Mk. | 344 952,91 Mk. |

Am Schlusse des Jahres verfügten die Lokalkassen zusammen über ein Vermögen von 251 000 Mk. gegen 135 000 Mk. im Jahre 1924.

Der Verband kann seine Aufgaben gegenüber allen Mitgliedern nur dann erfüllen, wenn jedes einzelne Mitglied sich seiner Pflicht gegenüber dem Verbande bewußt ist. Die eingangs dieses Berichts erwähnte Zunahme der Einsicht in die Notwendigkeit pünktlicher und richtiger Beitragszahlung läßt die weitere innerliche und äußerliche Erstarkung unseres Verbandes erhoffen.

## Zollexperiment und Arbeitsmarkt.

Nachdem die Gewerkschaften durch ihre Düsseldorfer Tagung die Oeffentlichkeit auf die bedrohlichen und skandalösen Zustände auf dem Arbeitsmarkt aufmerksam gemacht haben, ist eine wahre Hochflut von Notstandsarbeitsprogrammen ausgelöst worden. Reich und Länder und zahlreiche andere Stellen in dem mit einem übersetzten Verwaltungsapparat gesegneten Deutschland schütteln die Projekte nur so aus den Aermeln und erinnern stark an den Mann, der am Abend fleißig wird. Die amtlichen Verlautbarungen über Arbeitsbeschaffung überstürzen in verblüffender Eile einander; in den Pressestellen der einschlägigen Ministerien herrscht in der Zeit der sauren Gurken Hochbetrieb, und es wird viel Geist verspritzt und Farbband malträtiert. Eine solche Eile und Hast in unserem bureaukratischen Apparat wirkt immer verdächtig und in eingeweihten Kreisen will man den Eindruck haben: Die liebe Bureaukratie hat Arbeit bekommen; ob diese Tatsache aber auch Arbeitsbeschaffung für das Heer der Arbeitslosen bedeutet, muß abgewartet werden. Schon ergehen sich diese oder jene Stellen in Klagen, daß den Arbeitsbeschaffungsplänen der Regierung dieses und jenes entgegen stände, daß es an Geld fehle und daß man aus allen möglichen Gründen heraus nicht so tun könne, wie man wolle; von dem Ministerialausschuß, vor dem der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius in Düsseldorf sprach und der außerordentliche Vollmacht haben soll, die Arbeitsbeschaffung entgegen kleinlichen Krimskrams und territorial-bureaukratischer Engherzigkeit in Gang zu bringen, hört und sieht man nichts. Das Reichswirtschaftsministerium hat es bis jetzt auch noch nicht für nötig gehalten, der doch gewiß interessierten Oeffentlichkeit zu sagen, was mit diesem Ausschuß eigentlich los ist.

Die Regierung muß aber damit rechnen, daß die Arbeiterschaft durchaus nicht gewillt ist, sich Theaterdonner vormachen zu lassen. Sie hat das Gefühl, daß andere Berufsschichten im deutschen Volke bei der Regierung ein offeneres Ohr und williges Gehör finden als die deutsche Arbeiterschaft, die nun schon seit 12 Jahren, am Rand ihrer Kräfte, die Folgen des Krieges, die Auswirkungen der Inflation und die Lasten des Umstellungsprozesses in unserer Wirtschaft trägt. Sie mußte immer wieder sehen, wie man in den Ministerien gegenüber dem Unternehmertum eine offene Hand hatte, auch wenn die Staatshilfe offensichtlich gegen die Interessen unserer Volkswirtschaft ging. Das beste Beispiel sind ja die Maßnahmen, die man zur Unterstützung der Großagrarier durchgeführt hat, und zwar mit dem Erfolg, daß die Getreidepreise auf dem Weltmarkt in erschreckendem Ausmaß anziehen. Wir geben die Preisentwicklung an den deutschen und an den nordamerikanischen Märkten während der letzten vier Wochen nach den Zollerhöhungen in Deutschland durch folgende Zusammenstellung wieder:

Deutsche Preise (per 100 kg in Reichsmark).

| | Mitte Juni | Anfang Juli | Mitte Juli |
|---|---|---|---|
| Roggen, märkischer . . | 178—183 | 207—210 | 212—215 |
| Sommergerste . . . | 187—200 | 194—205 | 205—212 |
| Inländische Futtergerste | 173—186 | 180—193 | 190—204 |
| Hafer, märkischer . . . | 195—206 | 198—208 | 206—215 |
| Mais, loko Berlin . . . | — | 168—170 | 174—178 |

Amerikanische Preise (per Bushel in Cents)

| | Mitte Juni | Anfang Juli | Mitte Juli |
|---|---|---|---|
| Weizen New York . . . . . | 170 | 155 | 157 |
| Weizen Chicago . . . . . | 139 | 132 | 138 |
| Mais Chicago . . . . . | 71,25 | 69 | 71 |

Die besondere Preisentwicklung für Getreide in Deutschland beruht auf künstlicher Grundlage und stellt eine künstliche Haussierung der Getreidepreise dar. Die Bewegung ist einerseits auf die Kreditaktion der Reichsbank und andererseits auf die Roggenvalorisation zurückzuführen. Die Reichsbank hat sich bekanntlich vor Wochen verpflichtet, dem Landwirt, dem Roggenproduzenten, der sogenannten ersten Hand Gelegenheit zu geben, seine Ernte beleihen zu lassen. Der Landwirt übereignet seine Ernte — in Frage kommen nur die Großagrarier, weil diese allein über die notwendigen Mengen

verfügen — irgendeiner Warengenossenschaft, die ihm seine Ernte bis 50 bis 60 Prozent ihres Wertes bevorschußt (lombardiert). Die Warengenossenschaften können die ihnen von den Landwirten ausgestellten Wechsel wieder bei der Reichsbank bzw. bei den Sparkassen und Girozentralen zu Geld machen. Es ist klar, daß durch ein solches Finanzierungsinstrument, das neben den alten Krediten, den bekannten eingefrorenen, den nicht rückzahlbaren Krediten neue Kredite an die Landwirtschaft darstellt, das Angebot an Getreide auf den Märkten verringern und zu einer Preissteigerung führen muß, die sich um so schärfer auswirken wird, weil das Jahr 1926 ein kaum mittelgutes Erntejahr zu werden verspricht. Andererseits hat die Deutsche Getreidehandels G. m. b. H. die Möglichkeit, mit Geldern der deutschen Industrie und mit staatlichen Geldern Getreide aufzukaufen. Die Deutsche Getreidehandels G. m. b. H. ist, was von Bedeutung ist und worauf wir noch später zurückkommen werden, unter Mitwirkung der Deutschen Kaliindustrie und der Deutschen Stickstoffindustrie ins Leben gerufen worden. Beide Industrien sind zum wesentlichen Teil an dem Gründungskapital der Gesellschaft in Höhe von 15 Millionen Reichsmark beteiligt. Daneben verfügt die Deutsche Getreidehandels G. m. b. H. über 30 Millionen Mark, die den Kassen der alten Reichsgetreidestelle entstammen. Es handelt sich um einen Kredit; der Zinssatz beträgt 1½ Prozent. Das Geld ist also so gut wie geschenkt. Man rechnet damit, daß durch Zusammenwirken der Deutschen Getreidehandels G. m. b. H. mit der Reichsbank bzw. den Sparkassen und Girozentralen gleich zu Beginn der Ernte rund 1 Million Tonnen lombardiert bzw. durch Mitwirkung der Getreidehandels G. m. b. H. gelagert werden können. Das Quantum dürfte bei einem Roggenpreis von 200 Mark pro Tonne einen Wert von 160 bis 170 Millionen Mark ausmachen und rund 10 Prozent der gesamten deutschen Ernte überhaupt darstellen. Diese Riesenmengen werden über das normale Maß des Roggens, das von dem privaten Handel aufgekauft und eingelagert wird, dem Markt entzogen. Man hat auf der einen Seite das Angebot an Getreide, besonders an Roggen verknappt, während man auf der anderen Seite durch Schaffung von Stellen, die auf Fall kaufen oder lombardieren, die Nachfrage ins Grotesk-Ungeheuerliche gesteigert. Im Zusammenhang mit der Zollerhöhung vor einigen Wochen mußte die Preissteigerung, die wir in unserer Tabelle aufgezeichnet haben, eintreten, und es ist zu befürchten, daß die Preise in Zukunft sich in einem Maße nach oben bewegen werden, daß die künstliche Preisregulierung, die Reichsbank bzw. Deutsche Getreidehandels G. m. b. H. bezwecken, die Herrschaft über die Preisentwicklung und Preistendenz verlieren wird. Das bedeutet mal erst eine weitere Belastung der Massen. Der Brotkorb wird mal wieder höher gehängt. Schon seit langem wirken sich die Maßnahmen der Regierung und der bürgerlichen Parteien, die nichts anderes sind als Liebesgaben für den Großgrundbesitz, in einer sich verteuernden Lebenshaltung aus. Schon gleich nach den letzten Zollerhöhungen gingen die Großhandelspreise für Mehl in die Höhe. Eine solche Bewegung mußte sich natürlich auf den Brotpreis auswirken und sich weiter auf die Preisbildung für andere Lebensmittel übertragen. Das Preußische Statistische Landesamt gibt die Entwicklung auf Grund der Beobachtung der Preisbewegung in 51 preußischen Städten wie folgt wieder:

| | Juni 1913 | Mai 1926 | Juni 1926 |
|---|---|---|---|
| | (1 kg in Pfennigen) | | |
| Roggenbrot (Schwarzbrot) . . | 29 | 29,4 | 29,6 |
| Roggenbrot (mit Zusatz von Weizenmehl oder aus feinem Roggenmehl) . . . . . | 29 | 36,6 | 36,9 |
| Weizenkleingebäck . . . . . | 53 | 76,6 | 76,8 |
| Roggenmehl (gewöhnliches) . . | 29,8 | 35,7 | 36,2 |
| Weizenmehl (etwa 70prozentige Ausmahlung) . . . . . | 37,3 | 51,9 | 52,1 |
| Graupen (Rollgerste) . . . . | 42,9 | 53,4 | 53,6 |
| Weizengrieß . . . . . | 48,4 | 65,6 | 66 |
| Haferflocken . . . . . | — | 56,6 | 56,9 |
| Reis . . . . . | 49,3 | 59,8 | 59,9 |
| Erbsen . . . . . | 39,7 | 53,2 | 54,6 |
| Schweineschmalz (ausländisches) | 145,1 | 197,1 | 203 |

Die Preiserhöhungen im Monat Juni hielten sich noch in erträglichem Umfang; von Bedeutung ist aber die steigende Tendenz. Auf allen Gebieten setzen sich trotz der ungeheuren Arbeitsmarktkrise wesentlich erhöhte Preise durch. Nachdem die Preise in den letzten Krisemonaten abflachten oder stabil blieben, läßt sich jetzt überall beobachten, wie sie im stärksten Maße anziehen. Für die Millionen, die auf die karge Arbeitslosenunterstützung angewiesen sind, für das Heer der Kurzarbeiter und die Hunderttausende, denen das Lohneinkommen nur notdürftig die bloße Existenz ermöglicht, bedeutet das neue Einschränkung. Die bloße Lebenshaltung erfordert einen größeren Anteil des Lohnes und verhindert den Einkauf anderer Gegenstände des täglichen Bedarfs, der ja nun schon seit Jahren für die Anschaffung in den Arbeiterfamilien eine Rolle spielt. Marktpolitisch gesehen ist das neue Drosselung der Kaufkraft, und die Belebung in einzelnen Industriezweigen, besonders in den Verbrauchsindustrien, wird durch eine Verminderung der Kaufkraft schon im Keime erstickt. Andere Folgen liegen zweifellos auf dem Gebiet der Warenausfuhr, des Exports. Die Arbeitnehmerschaft wird natürlich — und hier handelt es sich durchaus um eine zwangsläufige Entwicklung — versuchen, die steigende Teuerung durch Lohnerhöhungen auszugleichen. Angesichts der steigenden Teuerung werden auch Lohnkorrekturen nach oben unvermeidlich sein. Damit ist aber eine Steigerung des gesamten deutschen Preisniveaus gegeben, der zu bedenklichen Rückschlägen in unserer Außenhandelsbilanz führen muß. Gerade die Steigerung des deutschen Exports hängt von der Preishöhe ab. Die ganze deutsche Warenausfuhr nach dem Auslande ist ein Kampf gegenüber der billigeren Preisstellung anderer Länder, die infolge zufälliger oder natürlicher Umstände günstiger gestellt sind als Deutschland. Die Politik der deutschen Regierung muß die Lage des deutschen Exports und des deutschen Exporteurs auf dem Weltmarkt unsäglich erschweren. Der deutsche Außenhandel hat sich in seinen wichtigsten Positionen seit dem Monat Dezember 1925, wo die Warenausfuhr seit langem zum erstenmal größer war als die Wareneinfuhr, wie folgt entwickelt:

| | Aktivsaldo (+) Passivsaldo (—) | Einfuhr von Rohstoffen | Ausfuhr von Fertigwaren |
|---|---|---|---|
| | (in Millionen Reichsmark) | | |
| Dezember 1925 . . . . . | + 38 | 405,2 | 565,4 |
| Januar 1926 . . . . . | + 87 | 378,2 | 568,3 |
| Februar 1926 . . . . . | +121 | 333,5 | 564,1 |
| März 1926 . . . . . | +278 | 331,6 | 686,4 |
| April 1926 . . . . . | + 56 | 357 | 597,4 |
| Mai 1926 . . . . . | + 27 | 324,4 | 548 |
| Juni 1926 . . . . . | — 33 | 386,9 | 551 |

Die deutsche Außenhandelsbilanz wurde im Dezember 1925 zum erstenmal aktiv — die Ausfuhr wurde größer als die Einfuhr — nachdem sie im ganzen Jahr 1925 passiv war. Der Aktivsaldo, der Ausfuhrüberschuß, konnte, wenn er auch von Monat zu Monat seit dem März 1926 sank, bis zum Mai 1926 behauptet werden. Im Juni 1926 stellte sich nun eine größere Wareneinfuhr als Warenausfuhr heraus, ein Passivsaldo, und zwar im Umfange von 33 Millionen Mark im reinen Warenpapier. Die aktive deutsche Außenhandelsbilanz vom Oktober 1925 bis Mai 1926 ist sicher vorzugsweise als Begleiterscheinung der Wirtschaftskrise anzusprechen. Der Rohstoffbezug aus dem Auslande verminderte sich, und zwar nicht nur immer deshalb, weil die Fabrikation im Herbst 1925 infolge der neuen Zollerhöhungen große Voreindeckungen vorgenommen hatte, sondern auch deshalb, weil die Weiterverarbeitung sich seit Oktober 1925 stark einschränkte. Wenn der Monat Juni 1926 in der Außenhandelsbilanz nur eine stark vermehrte Einfuhr von Rohstoffen zeigt, so kann man das als günstiges Zeichen und vor allem nach der Richtung deuten, daß die Belebung in verschiedenen Industriezweigen wieder zum Bezug von Rohstoffen drängt. Eine vorübergehende passive Bilanz wäre deshalb nicht schlimm zu nehmen. Von Bedeutung wird der Passivsaldo für den Monat Juni erst dann, wenn man bedenkt, daß der Rohstoffimport nach Deutschland im Monat Juni ungefähr gleich groß wie im Januar 1926 ist und um 100 Millionen Mark unter dem Rohstoffbezug im Juni 1925 und um rund 280 Millionen Mark unter den Rohstoffbezügen im Monat Januar 1925 liegt, während die Fertigwarenausfuhr im Juni 1926 um 17 Millionen hinter der Ausfuhr im Januar 1926 und im Juni 1925 zurückbleibt. Die Tatsache, daß wir in der passiven Junibilanz 1926 durchaus mit einem normalen Rohstoffbezug und mit einer gedrückten Fertigwarenausfuhr zu tun haben, gibt immerhin zu denken und enthüllt die ganze Erbärmlichkeit der Politik der Regierung und der bürgerlichen Parteien, die den Arbeitsmarkt mit ihren Zollknütteln totschlugen und ihn jetzt künstlich aufspritzen wollen, vorausgesetzt, daß die verschiedenen Doktoren an unserem Wirtschaftskörper es mit ihrer Arbeit überhaupt ernst meinen. Wir haben dazu ja das Nötige im Anfang dieses Artikels gesagt.

Dazu nun ein kleines Beispiel, um die gegenwärtige Wirtschaftspolitik zu kennzeichnen. Es dürfte auch denjenigen Leuten in Deutschland zu denken geben, die da immer meinen, man könnte über höhere Getreidepreise, über eine Stärkung der agrarischen Kaufkraft, die deutsche Wirtschaft ankurbeln. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß an der Gründung der Deutschen Getreidehandels G. m. b. H. die Düngermittelindustrien, vor allem die Kaliindustrie in hervorragendem Maße beteiligt sind. Sie sind auch die Wegbereiter für die berüchtigte Roggenvalorisation, der künstlichen Getreidepreissteigerung geworden, indem sie zum Zwecke der Auswucherung und der Aushungerung der breiten Massen die ersten Millionen auf den Tisch des Hauses legten — nicht immer im Einverständnis mit der Landwirtschaft, in deren Kreisen man sich manchmal eines unbehaglichen Gefühls ob der Gebefreudigkeit der Herren vom Kalisyndikat nicht erwehren konnte. Die Ahnung hat nicht getäuscht. Nachdem man mit Hilfe der Industrie und der staatlichen Gelder den Getreidepreis in überraschend kurzer Zeit um 40—50 Mark pro Tonne in die Höhe getrieben hat, meldet die Kaliindustrie ihre Forderung auf Anteil an dem Raubzug an: Sie verlangt eine Erhöhung der Preise für das für die Landwirtschaft unbedingt notwendige Kali. Nun handelt es sich bei der Kaliindustrie um einen Wirtschaftszweig, der auf Grund guter Rationalisierung der Betriebe und infolge einer stark verbesserten Wärmewirtschaft ihre Gestehungskosten ganz bedeutend gesenkt hat. Der Anteil des Lohnes an den Gestehungskosten ist beispielsweise heute nicht größer als Anfang 1924, obwohl die Kaliindustrie nach eigenen Darlegungen in der in Betracht kommenden Zeit immerhin eine nominelle Lohnerhöhung von 50 bis 60 Proz. vorgenommen hat. Wenn die deutsche Kaliindustrie ihre Preiserhöhung überhaupt begründen will, dann kann sie

# Wie ich Frankreich wiederfand.

Von Fritz Kummer.

IV.

## Das größte Totenfeld der Geschichte.

Die Stadt Verdun ist nach dem Westen hin von einer Hügelkette gedeckt. Das Gelände steigt zu beiden Seiten wellenartig bergan und ist von Tälern, Buchten und Schluchten durchfurcht. Auf dem Höhenkamm Forts und kleinere Schutzwerke, deren Namen — Vaux, Douaumont, Toter Mann, Höhe 304 usw. — noch in aller Gedächtnis sind. Am Morgen des 21. Februar 1916 eröffneten die Deutschen vom Westen her auf einer Front von 40 Kilometern den Angriff auf die Höhen. Damit hatte die blutigste Schlacht des Weltkrieges begonnen. Sie hat neun Monate gedauert. Fast Tag für Tag spien Geschütze aller Größe und Art einen Hagel von Eisen auf das Gelände. Der Wald versank, die Dörfer verschwanden, die Schützengräben wurden eingeebnet. Was sich an Menschen in dem Raume befand, war dem Tode geweiht. Keine Rettung nach vorwärts oder rückwärts. Die menschliche Kreatur wühlte sich in den Erdboden ein. Hier wurde sie verschüttet oder sie verhungerte. Und die Leichen wurden, in tausend Stücke zerfetzt, wieder und immer wieder in die Luft geschleudert. Daheim wurde gemeldet: „Sie starben den Heldentod und wurden würdig in die Erde gebettet".

Bis zum Juli, also in fünf Monaten, war der deutsche Vorstoß erst teilweise etwas über des Hügelkammes Höhe hinausgelaufen. Nun setzte die französische Abwehr planmäßig und mit größtem Nachdruck ein. Das nämliche blutige Handgemenge, das im Februar begonnen, ging nun in entgegengesetzter Richtung fort. Um jeden Bodenfetzen wurde gerungen, gewürgt, gemordet. Hüben und drüben würgten wahnwitzig gewordene Menschenhaufen. Das Mauerwerk Thiaumont zum Beispiel wechselte sechzehnmal die „Herren". Mitte Dezember waren die Deutschen wieder dorthin zurückgetrieben, wo sie vor neun Monaten ausgegangen waren. Eine Million Menschen hatte der Wahnsinn gefordert. Zwei Heere hatten sich erwürgt.

Von der Höhe des Forts Vaux schaue ich auf die Wüstenei, die der Militarismus geschaffen. Das Dach des Forts, eine zehn Meter dicke Betonschicht, weist tiefe Spuren von Geschossen auf. Eine dicke stählerne Kuppel liegt aufgerissen. Der Boden ringsum sieht aus, wie wenn er die Pocken gehabt hätte. Soweit das Auge reicht, Granatloch an Granatloch. Hie und da Reste von Stacheldrahtverhauen, zuweilen auch noch Stücke von Schützengräben. Allerwärts Eisenzeug, rostender Stacheldraht und umgebrochene Pfähle. Kleine Holzkreuze glaubt man an Lochrändern zu bemerken. Wahrscheinlich ist dort in dem Loch eine von Wind und Wasser freigespülte Leiche begraben worden. Auf dieser Wüstenei stand einst blühender Wald. Von seinem Dasein zeugen noch dicke, zersplitterte, wie von einer Feuersbrunst angesengte Stumpen.

Wir steigen hinunter ins Innere des Forts. Zwei Soldaten gehen mit Azetylenlampen voraus. Mitunter muß man sich tief bücken, um durchzukommen. Wasser rieselt von den Wänden. Ein kalter, feuchter Raum bildete bald für die Franzosen, bald für die Deutschen das Lazarett. In langen Felsenkammern stehen noch die Holzgestelle mit Drahtboden, worauf die jeweilige Besatzung schlief. Helme, Flinten und anderes Mordzeug liegt mehrfach aufgehäuft. In diesen eisigen, nassen Löchern haben Tausende von Menschen gehaust, gekämpft; hier haben sie mit Schmerzensgeschrei oder Flüchen ihr Leben ausgehaucht.

Auf dem Wege nach dem Fort Douaumont zeigt mein Begleiter, ein Bürger von Verdun, nach der linken Seite der Straße und sagt: Das Dorf Fleury! — Wo? frage ich. — Na dort, wo der Stein steht. — Wir steigen den Abhang hinunter zu dem Stein. Er ist zum Gedenken der getöteten Kinder von Fleury errichtet. Kein Gemäuer, keine Hausmauer erinnert daran, daß hier einst Menschen hausten. Nur Granatloch an Granatloch und verrosteter Stacheldraht, noch halb an Pfählen hängend.

Wie mit Fleury sei es mit Vaux, Douaumont und anderen Dörfern, erzählte mein Begleiter. Sie sollen nicht mehr aufgebaut werden, ihre einstigen Bewohner hätten sich, soweit sie nicht getötet, anderwärts niedergelassen. Das Feld wieder bebauen, sei nicht gut möglich. Es müßten die Granatlöcher, Schützengräben und Unterstände ausgefüllt werden. Das Erdreich aber sei klaftertief mit Geschoßstücken, Blindgängern und Leichen durchsetzt. Das ganze Gelände sei ein greuliches Totenfeld, und ein gefährliches obendrein. Eine Million Menschen seien hier gefallen, aber nur ein Zehntel ordentlich beerdigt. Und zwischen diesen unzähligen Menschenresten zerstreut lägen unzählige explodiermögliche Geschosse. Bei jedem Spatenstich stoße man auf Leichen und Granaten. Zu solch abstoßender Arbeit sei kein Bauer geneigt.

So überläßt man es denn der Natur, das Höllenwerk zu überdecken. Im Laufe der Jahrzehnte werden die Blindgänger ungefährlich, verrosten die Eisenstücke, vermodern die Leichen. Damit sich die Verwesung unbeachtet vom menschlichen Auge vollzieht, hat die allgütige Natur über die ganze Wüstenei ihre Decke geworfen. In den Granatlöchern und Gräben treibt Gras und Knieholz, und Vögel zwitschern den Hunderttausenden von Toten ein Schlummerlied. In einigen Jahren wird die vom Militarismus geschändete Erde ein weniger greuliches Aussehen haben.

Aber auch dann wird es hier der entsetzlichen Erinnerungen noch genug geben. Der Bajonetten-Schützengraben ist mit einer schweren Betondecke überdacht worden, um ihn künftigen Geschlechtern zu erhalten. So wird die Kunde von dem entsetzlichen Schicksal der 65 Soldaten, die hier am Morgen des 11. Juni 1916 verschüttet wurden, sich fort- und fortpflanzen. Sie hatten, da sie einen Angriff erwarteten und ihre Hände zum Granatenwerfen frei haben wollten, ihre Gewehre mit aufgesecktem Bajonett an der Grabenwand in Handhöhe angelehnt. Eine furchtbare Feuerwelle fegte über den Graben, ein paar große Geschosse schlugen vorn und hinten ein und warfen die Erde über den Graben. Der Graben wurde eingeebnet, die Soldaten erstickten, ihre Bajonette ragten meterhoch über den Boden empor. Zwischen den Bajonetten stecken jetzt Kreuze mit den Namen derer, die man in dem Graben begraben glaubt.

Noch eindrucksvoller wird das Beinhaus (Ossuaire) von dem namenlosen Trauerspiel künden, das sich hier vollzog. In seinen Kellern sollen die Gebeine ruhen, die man auf dem Gelände findet. Und vor dem mächtigen Bau wird ein Friedhof angelegt für 100 000 Gräber. Ein Meer von kleinen weißen

nur wie folgt argumentieren: Wir sind es gewesen, die der Landwirtschaft den erhöhten Preis verschafft haben; es ist also nur recht und billig, wenn uns diese Landwirtschaft von ihrem Raub den entsprechenden Teil abtritt. Warum hätten wir sonst unsere guten aus dem Ausland gepumpten Millionen für Valorisationszwecke angelegt? Und warum haben wir dafür gesorgt, daß der Landwirtschaft für ihr Preistreiben staatliche Mittel zur Verfügung gestellt wurden?

Es gibt Illusionisten in Deutschland, die da behaupten, daß der oberste Grundsatz wirtschaftlicher Betätigung Rücksicht auf das Ganze und das Gemeinsame sei und daß die linke Hand nicht wisse, was die rechte tue. Wir nehmen das zur Kenntnis, schütteln den Kopf und fragen, wielange man noch Schindluder mit uns treiben will?

## Um die Unterstützungssätze der Erwerbslosen.

Der Reichstag hat ein Programm aufgestellt, das einer umfangreichen Arbeitsbeschaffung dienen soll. Der Vorläufige Reichswirtschaftsrat hat einen Ausschuß eingesetzt, der sich mit der Durchführung der gleichen Frage befassen soll. Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat auf seiner Düsseldorfer Tagung die Frage der Arbeitsbeschaffung in den Vordergrund der Erörterungen gestellt, er hat das Programm des Reichstages gebilligt, seine Erweiterung, seine baldige konsequente Durchführung gefordert.

Der Reichswirtschaftsminister Curtius hat eine Reihe von verheißungsvollen Versprechungen gemacht.

Wenn also auch zurzeit alle in Fragen kommenden Instanzen in Deutschland bemüht scheinen, den Kampf mit der Erwerbslosigkeit durch Arbeitsbeschaffung aufzunehmen, so muß man, ohne Pessimist zu sein, trotzdem natürlich damit rechnen, daß auch diese Maßnahmen nicht genügen werden, um das Heer unserer Erwerbslosen ganz oder auch nur zum überwiegenden Teil in Kürze wieder in Arbeit zu bringen. Wir müssen also damit rechnen, daß auch in Zukunft, insbesondere im kommenden Winter noch eine für normale Verhältnisse ganz ungewöhnlich hohe Zahl von Erwerbslosen der Sorge der Allgemeinheit anheimfallen wird.

Wenn man also auch in vollem Umfange die Erklärung bejahen kann, die von allen Seiten abgegeben wurde, daß Arbeitsbeschaffung besser und wertvoller ist als Arbeitslosenunterstützung, so wird die letztere doch für einen nicht unerheblichen Prozentsatz des deutschen Volkes auch in Zukunft noch die einzige Möglichkeit einer Existenz bleiben. Bei dieser notwendigen Hilfe für die Erwerbslosen handelt es sich nun nicht etwa nur um die Einlösung eines verfassungsmäßigen Versprechens und die Erfüllung einer nationalen und sozialen Pflicht, sondern das Erwerbslosenproblem ist heute schlechthin dasjenige, von dem wirtschaftlicher Aufstieg und die Garantie des unerschütterten sozialen Zusammenlebens überhaupt abhängig sind. Es kann daher vom Gesichtspunkt der Gewerkschaften wie auch vom Standpunkt der Verantwortlichkeit einer Nation im ganzen gegenüber bestimmten Gruppen ihrer Angehörigen nicht in Frage stehen, ob die unverschuldet aus dem Erwerbsleben Gerissenen überhaupt unterstützt werden sollen oder nicht und es kann auch nicht bezweifelt werden, daß es im Interesse der Gesamtheit liegt, wenn die Unterstützung so bemessen wird, daß sie den notwendigsten Erfordernissen des Lebens entspricht. Die heutigen Unterstützungssätze genügen zweifellos diesen Anforderungen noch nicht. Man darf bei der Betrachtung der heutigen Unterstützungssätze nicht außer acht lassen, daß immer noch der größte Teil des deutschen Volkes auf ländlichem Gebiet wohnt und daher die für die großen Städte geltenden Sätze nicht erhält.

Es sei bei dieser Gelegenheit erwähnt, daß die heutige Abgrenzung der Höhe der Unterstützungssätze nach Wirtschaftsgebieten und Ortsklassen keineswegs mehr in allen Fällen gerechtfertigt ist. Die scharfen Unterschiede des Preisniveaus in den einzelnen deutschen Gebieten ebenso wie die zwischen Stadt und Land haben sich in den letzten Jahren immerhin erheblich ausgeglichen, leider allerdings nicht nach der Richtung hin, daß die höheren Preise sich dem niederen angepaßt hätten, sondern allenthalben ist die gegenteilige Entwicklung zu beobachten. Es kommt bei der Berechnung der Unterstützungssätze hinzu die außerordentlich weitgehende Abstufung nach Alter, Familienstand, Zahl der Kinder usw., so daß, wie das Reichsarbeitsministerium selbst errechnet hat, es im ganzen gesehen, heute 75 verschiedene Höchstsätze der Erwerbslosenunterstützung gibt. Daß dieser Zustand keineswegs wünschenswert und auch keineswegs immer gerecht ist, muß jeder, der die Praxis kennt, bestätigen. Es kommt aber noch ein anderes hinzu, nämlich daß es im Ermessen der Verwaltungsausschüsse der Arbeitsnachweise steht, gegebenenfalls unter die Unterstützungssätze, die ja Höchstsätze sind, herabzugehen. Nicht berechtigt hierzu sind die Landesregierungen, obwohl das Reichsarbeitsministerium ihnen vor kurzem anläßlich der Verlängerung der heutigen Unterstützungssätze bis zum 27. November d. J. eine solche Berechtigung zuerkennen wollte. Die Landesregierungen haben kein Recht, generelle Beschränkungen der Unterstützungen anzuordnen. Dies sagt ganz deutlich der § 10 der Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924. In seinem Absatz 1 heißt es:

„Ueber Art, Höhe und Dauer der Unterstützung für die Erwerbslosen und Kurzarbeiter erläßt der Reichsarbeitsminister Anordnungen nach Benehmen mit dem Verwaltungsrat des Reichsamts für Arbeitsvermittlung. Innerhalb dieser Anordnungen bestimmt der Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises, was in seinem Bezirk zu gelten hat."

Die Entscheidung ruht also nur beim Verwaltungsausschuß für seinen Bezirk. Zwar sagt der § 43 der Verordnung vom 16. Februar 1924, daß die oberste Landesbehörde Vorschriften zur Ausführung der Verordnung erlassen darf. Dieses Recht bezieht sich jedoch nicht auf die Fragen, deren Regelung durch die Verordnung ausdrücklich und ausschließlich anderen Stellen übertragen ist. Dazu gehört auch der § 10 Absatz 1.

Diese Auffassung wird von dem offiziellen Kommentator des Reichsarbeitsministeriums, Ministerialrat Lehfeldt, in seinem Kommentar zu § 43 auch anerkannt.

Der Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises kann also die Herabsetzungen der Unterstützungen beschließen. Gegen diesen Beschluß kann nach § 17 der Verordnung Einspruch beim Verwaltungsausschuß des Landesamtes für Arbeitsvermittlung erhoben werden. Das Einspruchsverfahren regelt sich nach den §§ 51 und 52 des Arbeitsnachweisgesetzes vom 22. Juli 1922. Danach ist zur Beschwerde berechtigt jeder, der an der Abänderung der Entscheidung des Verwaltungsausschusses ein Interesse hat, also auch die Gewerkschaften. Sie können auch verlangen, daß einer ihrer Vertreter in mündlicher Verhandlung über die Beschwerde gehört wird. Die Beschwerde hat allerdings keine aufschiebende Wirkung. Die Entscheidung des Verwaltungsausschusses des Landesamtes ist nicht endgültig, sondern gegen sie ist die weitere Beschwerde an den Verwaltungsrat des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung gegeben*. Auch hier ist jeder beschwerdeberechtigt, der an der Aenderung der Entscheidung ein Interesse hat. Bei Beschwerden von Arbeitgeber- oder Arbeitnehmerorganisationen ist grundsätzlich ein Vertreter in mündlicher Aussprache zu hören.

Die Beschwerde bewirkt keinen Aufschub. Der Verwaltungsrat hat in grundsätzlichen Fragen vor seiner Entscheidung der Landesbehörde Gelegenheit zur Aeußerung zu geben.

Es ist unbedingt notwendig, daß gegen alle Versuche eine generelle Verschlechterung der Erwerbslosenunterstützung durchzuführen, bis zur letzten Instanz vorgegangen wird. Denn es steht zu befürchten, daß der Schritt zur Herabsetzung der Unterstützung, den die Reichsregierung gegenüber der wachsenden Not der Erwerbslosen nicht zu gehen wagte, von unteren Stellen begangen wird.

Selbstverständlich müssen und werden die Gewerkschaften gegenüber der Regierung auf eine weitere erhebliche Erhöhung der unzulänglichen Unterstützungssätze hinwirken.

brb.

*) Diese Meinung wird zwar bestritten, doch wird sie vom Reichsarbeitsministerium geteilt.

**Die Höhe der zurzeit geltenden wöchentlichen Unterstützungssätze nach Wirtschaftsgebieten und Ortsklassen.**

In den ersten acht Unterstützungswochen:

| | Ledige unter 21 Jahren | Ledige über 21 Jahre | Verheiratete ohne Kinder | Verheiratete mit 2 Kindern | Ueberhaupt zulässiger Höchstbetrag |
|---|---|---|---|---|---|
| **Wirtschaftsbezirk I (Osten)** | | | | | |
| A | 5,— | 8,30 | 11,20 | 15,15 | 18,90 |
| B | 4,70 | 7,75 | 10,50 | 14,20 | 17,70 |
| C | 4,40 | 7,20 | 9,75 | 13,20 | 16,50 |
| D/E | 4,10 | 6,70 | 9,— | 12,25 | 15,30 |
| **Wirtschaftsbezirk II (Mitte)** | | | | | |
| A | 5,90 | 9,75 | 13,05 | 17,70 | 21,60 |
| B | 5,55 | 9,15 | 12,25 | 16,70 | 20,40 |
| C | 5,20 | 8,55 | 11,50 | 15,70 | 19,20 |
| D/E | 4,80 | 7,95 | 10,70 | 14,65 | 18,— |
| **Wirtschaftsbezirk III (Westen)** | | | | | |
| A | 6,80 | 10,50 | 14,05 | 19,10 | 24,— |
| B | 5,90 | 9,80 | 13,15 | 17,95 | 22,50 |
| C | 5,50 | 9,15 | 12,25 | 16,80 | 21,— |
| D/E | 5,05 | 8,50 | 11,35 | 15,70 | 19,50 |

Von der neunten Unterstützungswoche ab:

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| **Wirtschaftsbezirk I (Osten)** | | | | | |
| A | 5,50 | 9,15 | 12,— | 16,— | 18,90 |
| B | 5,10 | 8,55 | 11,25 | 14,95 | 17,70 |
| C | 4,75 | 7,95 | 10,45 | 13,95 | 16,50 |
| D/E | 4,10 | 6,70 | 9,— | 12,25 | 15,30 |
| **Wirtschaftsbezirk II (Mitte)** | | | | | |
| A | 6,50 | 10,70 | 14,— | 18,70 | 21,60 |
| B | 6,10 | 10,— | 13,10 | 17,55 | 20,40 |
| C | 5,65 | 9,25 | 12,20 | 16,40 | 19,20 |
| D/E | 4,80 | 7,95 | 10,70 | 14,65 | 18,— |
| **Wirtschaftsbezirk III (Westen)** | | | | | |
| A | 7,— | 11,50 | 15,10 | 20,10 | 24,— |
| B | 6,50 | 10,70 | 14,05 | 18,85 | 22,50 |
| C | 6,— | 9,90 | 13,05 | 17,60 | 21,— |
| D/E | 5,05 | 8,50 | 11,35 | 15,70 | 19,50 |

Ledige, die nicht dem Haushalt eines anderen angehören (selbständige), erhalten von der ersten Unterstützungswoche an, ohne daß weitere Erhöhung eintritt:

| | unter 21 Jahren | über 21 Jahre |
|---|---|---|
| **Wirtschaftsbezirk I (Osten)** | | |
| A | 6,— | 9,15 |
| B | 5,60 | 8,55 |
| C | 5,20 | 7,95 |
| D/E | 4,10 | 6,70 |
| **Wirtschaftsbezirk II (Mitte)** | | |
| A | 7,10 | 10,70 |
| B | 6,60 | 10,— |
| C | 6,15 | 9,25 |
| D/E | 4,80 | 7,95 |
| **Wirtschaftsbezirk III (Westen)** | | |
| A | 7,60 | 11,50 |
| B | 7,10 | 10,70 |
| C | 6,60 | 9,90 |
| D/E | 5,05 | 8,50 |

## Die krummen Wege der Unternehmer.

Die Politik der deutschen Unternehmer zielt darauf ab, hinten herum, abseits vom Licht der öffentlichen Meinung einen unlauteren geistigen Einfluß auf die Arbeiterschaft zu erlangen. Man vergißt zu schnell, das trifft auch auf die Ereignisse zu, die in den letzten Monaten den Weg dieser unterirdischen Strömung kennzeichneten: die Affäre Borsig-von Zengen-Behrens hat klar bewiesen, daß der dem christlichen Gewerkschaftsbund angegliederte Zentralverband der Landarbeiter Geldunterstützungen von Unternehmerorganisationen erbeten und angenommen hat. Die gleichzeitig aufgedeckte Angelegenheit Borsig-Carl Erdmann hat ebenfalls bewiesen, wie man mit Unternehmergeld sozialistisch gefärbte Broschüren herstellte und sie unter falscher Flagge unter die Arbeiterschaft zu schmuggeln suchte.

Eine weitere Tatsache deckt neuerdings eine vom Vorstand des Fabrikarbeiterverbandes herausgegebene Broschüre die „Volkshochschule der Unternehmer" auf. Diese Schule befindet sich in Berlin-Treptow. Ihr offizieller Träger ist eine ominöse „Deutsche Vereinigung". Die Hintermänner dieser deutschen Vereinigung sind die gelben Werkvereine und die Unternehmer. Die Gelben stellen die Lehrer, der übrige Aufwand der Schule wird von den Unternehmern bestritten. In drei wöchentlichen Kursen werden hier jeweils 45 „Betriebsräte" geschult, die aus allen Teilen des Reiches von ihren Werksdirektionen hierher geschickt werden. Die Schüler werden in einem auf zwei Jahre gemieteten als Schulgebäude dienenden Hause der Moritz- und Johanna-Simon-Stiftung untergebracht und verpflegt. Sie erhalten während der Kursusdauer keinerlei Urlaub und müssen sich ständig in diesem Hause aufhalten. Anscheinend geschieht dies, um zu verhindern, daß diese Schüler Verbindung mit der Außenwelt oder den Gewerkschaften aufnehmen können. Reisegeld von Wohnort zur Schule und zurück, ferner Lohnentschädigungen an die Familien tragen die deligierenden Unternehmungen. Sich mit dem dort verzapften Unterrichtsstoff zu befassen, ist an dieser Stelle überflüssig. Jeder Gewerkschaftler dürfte sich über die Tendenzen einer solchen von den Unternehmern ausgehaltenen „Betriebsräteschule" klar sein. Der Zweck dieser Schule besteht in der Heranzüchtung von geistigen Trägern der neuen gelben Werkvereinsbewegung.

Eine weitere, weniger bekannte „Zentralstelle für Aufklärung" besteht in Dresden. Von hier aus werden — ebenfalls unter falscher Flagge — Flugblätter und Broschüren verbreitet. In der Regel werden diese von den Werkleitungen bezogen und kostenlos an die Arbeiterschaft verteilt.

---

Kreuzen läßt erkennen, daß schon Zehntausende von Toten hier gebettet sind. Von den andern Toten aber, von den achthunderttausend, neunhunderttausend wird kein Kreuz künden. Sie werden auf diesem riesigen Totenfeld dort liegen bleiben und vermodern, wo sie die Granaten hingeworfen haben.

### Von der Gesinnung der Franzosen.

Ueber die Gesinnung der Franzosen den Deutschen gegenüber wird bei uns bekanntlich sehr verschieden geurteilt. Eine Anzahl von Dichtern, Schriftstellern und Gelehrten, die jüngst in Frankreich Vorträge gehalten haben, berichten fast durchgehends von freundlicher Aufnahme und Gesinnung. Dazwischen hinein klingen Warnungen. Die Freundlichkeit der Franzosen sei nur zur Täuschung gemacht; unter der glatten Außenseite sei die alte Unfreundlichkeit, der Haß gegen uns Deutsche noch ungemildert lebendig. Was ist die Wahrheit?

Um hierauf zu antworten, will ich die Erfahrung mit meinen früheren Kollegen, meinen Gewerkschaftsgenossen und Parteifreunden ganz außer acht lassen, sondern nur von der Erfahrung reden, die ich mit dem Manne auf der Straße, mit Unbekannten machte. Diese Erfahrung war eine über alles Erwarten günstige. Von gemachter Höflichkeit oder Verstellung kann man bei so schlichten Leuten, wie es Bauern, Soldaten, Bergleute, Weber, Metallarbeiter sind, nicht wohl reden. Wo ich um Auskunft bat, erhielt ich freundlich Antwort, wenn ich um den Weg fragte, ging der Gefragte zuweilen eine Strecke mit, damit ich ja nicht fehl gehe; wo ich auf meinen Streifzügen durch Fabrikorte wegkundige Begleiter brauchte, hat es nie an solchen gefehlt, und es wurde mir mitunter schwer, mich der Freigebigkeit der weiß Gott nicht reichen Leute zu entziehen. So ladeten mich drei Bauern, die in Etain, kurz vor Verdun, zu mir in den Zug gestiegen waren, zu sich ein, um mir deutsche Kriegergräber oder deren Instandhaltung zu zeigen. In Verdun angekommen, führten sie mich bei strömendem Regen in ein preiswürdiges Gasthaus, damit ich, der Fremde, der „Feind von gestern", nicht übervorteilt werde, womit man jetzt, bei diesem Fremdenandrang, in Verdun rechnen müsse. Kaum hatte ich der Wirtin dieses Gasthauses mitgeteilt, daß ich einen wegkundigen Mann nebst nicht zu teurem Wagen zum Besuche der Schlachtfelder wünsche, kam die Kellnerin und meldete, die Gesellschaft an einem Vordertisch würde sich freuen, wenn ich mich des noch freien Sitzes in ihrem Wagen bediente. Erst kurz vor Mitternacht trennte ich mich von dieser liebenswürdigen Gesellschaft. Wie sie mir sagte, war sie durch die Kunde, daß ich Deutscher sei, veranlaßt worden, mir den Wagensitz anzubieten. In Lille ließ es sich ein Mitreisender nicht nehmen, mich zu dem „modernsten Hotel im ganzen Norden" zu führen. Ich hatte in dem Hause das (etwas enge) Zimmer kaum eine Viertelstunde bezogen, als der Zimmerkellner kam, um mich in ein anderes Zimmer zu führen, das erste sei mir irrtümlich angewiesen worden. Der neue Raum war ein prächtiges Eckzimmer mit Himmelbett. Die Wirtin hatte durch meine Namenseintragung erfahren, daß ich ein „Erbfeind" sei. Was diesen Vorgang noch besonders reizend macht, ist, daß vor mehreren Jahren in dem nämlichen Hotel mit dem gleichen Wirt ein gewisser Dr. Hilferding aus Berlin, der in Lille zum Parteitag weilte, hinausgewiesen worden war, weil er sich als Deutscher ausgegeben hatte.

Auch auf Schlachtfeldern, Soldatenfriedhöfen oder Kriegsruinen, also dort, wo die Erinnerung an die blutige Drangsal und an den Feind lebendig wird, habe ich keine Unfreundlichkeit, weder von Soldaten noch von Beamten, gegen die Deutschen vernommen. Zu den Versicherungen und Beweisen dafür, daß in Frankreich der Deutschenhaß ausgestorben ist, wurde vielfach der Zweifel gefügt, daß es umgekehrt ebenso sei. An der Begründung des Zweifels fehlte es nicht. Das Ergebnis der Präsidentenwahl, Aeußerungen von rechtsstehenden Zeitungen und Politikern wurden angeführt. Worauf ich nur erwidern konnte, daß die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes keinerlei Haß gegen Frankreich und sein Volk hege. Dasselbe glaube ich heute umgekehrt behaupten zu können. Die beiden Völker sind sich, von einer schmalen Schicht abgesehen, freundlich gesinnt. Beide wünschen friedliche Verständigung und dauernde praktische Zusammenarbeit. Nur ein Staatsmann wäre hüben und drüben nötig, um dieser Gesinnung und Bestrebung praktische Form zu geben. Bis dahin wollen wir Gewerkschafter die Zusammenarbeit betätigen.

Es gibt auch im politischen und wirtschaftlichen Kampfe eine Grenze der Anständigkeit, die bei Anwendung solcher Methoden weit überschritten wird. Hier werden unterirdische Kanäle, gegraben auf dem Felde der Unternehmer, gespeist mit dem übelsten Schlamme der Demagogie, in die Arbeiterschaft hineinzuleiten versucht, die die gesunde Atmosphäre der Arbeiterbewegung planmäßig vergiften soll. Man glaube nur nicht, es handele sich hier um Mißgriffe einzelner übel beleumdeter Personen aus dem Unternehmerlager. Für das, was in diesem Faulgraben der Unternehmerpolitik mitgeschwemmt wird, gibt es vielmehr schon eine theoretische und zugleich praktische Anleitung. Vor einigen Jahren erschien in Berlin ein Buch „Praktische Werkpolitik" von Joseph Winschuh. In diesem Buche werden den Sozialsekretären der großen Werke Ratschläge gegeben, wie man nach dem Prinzip teile und herrsche die Arbeiterschaft demoralisieren kann, um auf ihre geistige Haltung im Betriebe Einfluß zu gewinnen. Möglicherweise hat der Verfasser damals nicht an die tatsächliche Auswirkung seiner Ratschläge gedacht. Immerhin ist das Buch so erfüllt von Demagogie, daß es sehr wohl die Anregung gegeben haben mag zu all den trüben und unfairen Mitteln, die sich die Unternehmerschaft in letzter Zeit bedient, um eine gefügige Arbeiterschaft zu bekommen.

Es wird jedenfalls gut sein, wenn die Zentralinstanzen und örtlichen Körperschaften der Gewerkschaften auf alle Vorgänge dieser Art ein wachsames Auge richten.

## Der Speisezettel des Reichsgesundheitsamtes.

In der Reichsgesundheitswoche hat das Reichsgesundheitsamt einen Musterspeisezettel für einen städtischen Haushalt herausgegeben, der zwei Frühstücke, Mittag, Vesper und Abendbrot enthält. Das war recht löblich. Nicht weniger löblich ist es, wie die „W. a. M." berichtet, daß das Blatt der Deutschen Postgewerkschaft sich die Mühe nimmt, die Kosten der auf dem amtlichen Musterspeisezettel angeführten Mahlzeiten zu berechnen. Hierdurch wird es augenscheinlich, was nach dem Reichsgesundheitsamt ein Haushalt an Nahrung mindestens braucht und was das Einkommen gestattet. Die Zusammenstellung des Gewerkschaftsblattes ergibt folgendes Bild:

| | |
|---|---|
| 1. Frühstück, 7mal 60 Pf. = . . . . | 4,20 Mk. |
| 2. Frühstück, 7mal 1,25 Mk. = . . . | 8,75 Mk. |
| Vesper, 7mal 20 Pf. = . . . . . | 1,40 Mk. |
| Mittagessen . . . . . | 11,72 Mk. |
| Abendbrot . . . . . | 7,63 Mk. |
| Getränke . . . . . | 1,40 Mk. |
| | 35,10 Mk. |

Demnach kostet die Nahrung, die der Musterspeisezettel des Reichsgesundheitsamts für nötig hält, 35,10 Mk. die Woche ohne Anrechnung der anderen Ausgaben, über die es in den „praktischen Winken für die Ernährung am Schlusse heißt: Rund die Hälfte und mehr der Gesamtausgaben wird für die Bestreitung der Ernährung benötigt. Das heißt also, es gehört ein wöchentliches Einkommen von etwa 70 Mk. dazu, um so leben zu können, wie es das Reichsgesundheitsamt angibt. Siebzig Mark die Woche! Wieviel Arbeiter aber erfreuen sich eines solchen Verdienstes? Hat jemals der Reichsarbeitsminister, wenn er einen Spruch zu fällen hatte, den Satz von 70 Mk. zur Grundlage genommen? Ohne einen solchen Lohn aber ist natürlich der Musterspeisezettel des Gesundheitsamts kaum mehr als Papiervergeudung, es sei denn, es erweitert seine Winke für Ernährung zu Winken für die Spruchpraxis des Reichsarbeitsministers. Jedenfalls sollten unsere Kollegen den Musterspeisezettel mit der Berechnung für alle Fälle sorgfältig aufbewahren.

## Wie die Abstinenten flunkern!

Uns wird geschrieben: „Auf der „Gesolei" in Düsseldorf befindet sich eine monumentale Darstellung über die angeblichen Ergebnisse der von der „Deutschen Reichshauptstelle gegen den Alkoholismus" im Jahr 1925 veranstalteten Probeabstimmung für das Gemeindebestimmungsrecht. Plastische Figuren nennen dem ahnungslosen und erstaunten Besucher eine gewaltige Prozentziffer — Berlin 72 Proz., Hamburg 81,4 Proz., Leipzig 63,5 Proz., Breslau 66,0 Proz usw. — der abgegebenen „Ja"-Stimmen für das Gemeindebestimmungsrecht. Eine Textfafel daneben sagt erläuternd:

„Es handelt sich bei dieser Darstellung um Ergebnisse der Probeabstimmung 1925. Die Verhältniszahlen beziehen sich nicht auf die Einwohnerzahl schlechthin, sondern auf die wahlberechtigte Bevölkerung."

Somit könnte sich jeder, der sich die Mühe machte, leicht ausrechnen, daß in den 17 dargestellten Groß- und Mittelstädten allein eine Stimmenzahl von über 3¾ Millionen für das GBR. abgegeben war.

Es war klar, daß es sich bei dieser Darstellung um eine grobe Irreführung des Ausstellungspublikums zu durchsichtigen propagandistischen Zwecken handeln mußte.

Die Unwahrhaftigkeit und Haltlosigkeit der ungeheuerlichen Behauptung muß nun wohl der „Deutschen Reichshauptstelle gegen den Alkoholismus" von irgendeiner Seite in unzweideutiger Weise vor Augen geführt worden sein; denn neuerlich ist die zitierte Aufschrift verschwunden, und man liest an ihrer Stelle:

„Es erklärten sich von je 100 befragten Wahlberechtigten in Stadtbezirken von Berlin 72 Proz., Hamburg 81,4 Proz., Leipzig 63,5¾ Proz. usw. für das Gemeindebestimmungsrecht."

Selbstverständlich werden damit für jeden Urteilenden, — aber auch nur für diesen! — die großartigen Prozentziffern absolut bedeutungslos, da ja für die Gesamtzahl der befragten Wahlberechtigten nunmehr keinerlei Anhaltspunkte mehr gegeben werden, es sich also um ganz beliebig kleine Stimmziffern handeln kann. Nicht ohne Interesse ist dabei aber für den Kenner abstinenzlerischer Propaganda, daß bei der neuen Textierung ein netter kleiner Kunstgriff angewendet wird, um die Abschwächung sozusagen noch etwas zu bremsen: die Worte „in Stadtbezirken von . ." sind nämlich ganz klein geschrieben."

Selbst die Korrektur wird wieder rückkorrigiert. Aber die Besucher der „Gesolei" in den ersten sechs Wochen sahen, lasen und staunten über das Abstinenzwunder in Deutschland und ahnten sicher nicht, wie sie hinters Licht geführt wurden.

## Arbeitsrecht.

**Mit dem Ablauf eines Tarifvertrags entfällt auch das vereinbarte Schiedsgericht.**

Grundsätzliche Entscheidung des Reichsgerichts vom 2. Juli 1926.

sk. (Nachdruck verboten.) Der Apothekenbesitzer Sch. in W. hatte dem bei ihm angestellten Apotheker S. fristlos gekündigt, worauf dieser bei dem Schiedsgericht auf Weiterzahlung des Gehalts klagte, das durch den Tarifvertrag der Tarifgemeinschaft deutscher Apotheker vorgesehen war. Der Ortsausschuß Jena lehnte es ab, in dem Rechtsstreit, der auch schon beim Landgericht Gera anhängig geworden sei, eine Entscheidung zu treffen. Am 25. Januar 1924 entschied der Hauptausschuß in Berlin, daß Sch. an S. 2100 GM. zu zahlen habe. Mittlerweile war der Tarifvertrag abgelaufen, und nunmehr klagte Sch. auf Aufhebung des Schiedsspruchs. Das Landgericht Berlin gab der Klage statt, das Kammergericht wies sie ab, das Reichsgericht hob dieses Urteil auf und verwies die Sache an den Vorderrichter zurück. Aus den

Entscheidungsgründen der Höchsten Instanz.

Beizupflichten ist der Meinung der Revision, daß der Hauptausschuß nicht mehr als Schiedsgericht tätig werden durfte, nachdem der Tarifvertrag bereits abgelaufen war. Es ist allerdings richtig, daß die Parteien zunächst an die im Tarifvertrag enthaltene Schiedsabrede gebunden waren, denn eine solche Vereinbarung gehört, wenn sie tariflich erfolgt, zum normativen Teil des Tarifvertrages, geht daher automatisch und unabdingbar in alle Einzelverträge über. Die Bindung endigte aber mit dem Ablauf des Tarifvertrages. Das geschah nicht etwa deshalb, weil mit diesem Ereignis jede Nachwirkung des Tarifvertrages aufhörte. Ist der normative Teil des Tarifvertrages einmal in den Einzelarbeitsvertrag übergegangen, so bleibt er für diesen maßgebend, bis ein neuer Tarifvertrag zustande gekommen ist oder auch die Parteien des Arbeitsvertrages abweichende Vereinbarungen getroffen haben. Es können nicht die Einzelarbeitsverträge mit dem Wegfall des Tarifvertrages plötzlich mehr oder weniger inhaltlos dastehen. Jene Regel kann aber nicht gelten, wenn die tarifmäßige Vereinbarung das Bestehen von Einrichtungen der Tarifgemeinschaft voraussetzt, ohne die sich die Vereinbarungen überhaupt nicht durchführen lassen. Die Tarifgemeinschaft der deutschen Apotheker kannte als ihre Organe paritätisch besetzte Ortsausschüsse und den ebenso besetzten Hauptausschuß. Sie waren gleichzeitig die Schiedsgerichte erster und zweiter Instanz. Mit dem Ablauf des Tarifvertrages erlosch die Tarifgemeinschaft und ihre Organe fielen fort. Vom 1. Januar 1924 ab gab es keinen Hauptausschuß mehr. Die Personen, die ihn gebildet hatten, konnten als Hauptausschuß nicht mehr tätig werden. Die noch nicht abgewickelten Sachen mußten, von rein formalen Maßnahmen abgesehen, unerledigt bleiben. War insofern dem Urteil des Kammergerichts zuzustimmen, so mußte die Sache doch zur näheren Klärung des Sachverhalts zurückverwiesen werden, da der Beklagte die Behauptung aufgestellt hat, daß die Tarifparteien nach der Kündigung des Vertrages vereinbart haben, die bereits anhängig gewordenen Schiedsverfahren sollten noch nach Maßgabe der bisherigen Vertragsbestimmungen abgewickelt werden. Ist das richtig, dann war der Hauptausschuß auch nach dem 31. Dezember 1923 als Schiedsgericht noch vorhanden, dann konnte er in dieser seiner Eigenschaft noch tätig werden. Erheblich ist die angebliche Abrede aber nur, wenn sie zwar nach der Kündigung, aber noch vor dem Ablauf des Tarifvertrages getroffen worden ist. Nur in diesem Falle wurde der laufende Tarifvertrag in zulässiger Weise ergänzt. War die Tarifgemeinschaft erst einmal beendet, so konnte der alte Vertrag nicht mehr ergänzt werden, es konnte dann nur ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen werden. (A. Z. VI. 132/26. — Reichsgerichtsreferate der Sächsischen Korrespondenz „Aus der Höchsten Instanz", Leipzig, Querstr. 13.)

## Rundschau.

**Wirkungen der Krise.**

Der Verband der Fabrik- und Transportarbeiter (christlich) erhebt einen Sonderbeitrag „Kampf und Not" zur Deckung der statutarischen Unterstützungsausgaben. Da dieser Sonderbeitrag nicht mehr reicht, hat der Hauptvorstand beschlossen,

„ab 1. August die Erwerbslosenunterstützung auf die Hälfte herabzusetzen. Diese Herabsetzung gilt auch für die am 1. August laufenden Unterstützungen.

Der Sonderbeitrag wird ebenfalls weiter erhoben.

**Die Preisschere öffnet sich wieder.**

Die Preisentwicklung in Deutschland behält ihren Gang nach oben bei. Nach Berechnungen des Statistischen Reichsamts vom 7. Juli ist die Großhandelsindexziffer auf 128,6 Proz. gestiegen. In der Hauptsache erhöhte sich der Index der Agrarerzeugnisse, da die Getreidepreise weiter anzogen. Wir lassen unsere übliche Tabelle folgen, um die Preisentwicklung der letzten Monate verfolgen zu können:

Großhandelspreise des Statistischen Reichsamts.

| | insgesamt | Agrarprodukte | Industrieprodukte |
|---|---|---|---|
| Januar 1926 . . . . . | 120 | 114,5 | 130,4 |
| April 1926 . . . . . | 122,7 | 121,5 | 124,9 |
| Mai 1926 . . . . . | 123,2 | 122,8 | 124,0 |
| Juni 1926 . . . . . | 124,6 | 125,0 | 123,7 |
| 7. Juli 1926 . . . . . | 128,6 | 131,0 | 124,1 |

Damit hat sich die Preisentwicklung in katastrophaler Weise weiter nach oben bewegt. Und außerdem hat sich die sogenannte Preisschere wieder geöffnet, und zwar nach der anderen Seite hin, indem die Agrarprodukte die Industrieprodukte weit zu überflügeln vermochten. Es ist selbstverständlich, daß der Lebenshaltungsindex im Juni bereits höher war als in den vergangenen Monaten; so ist die Frage akut, ob die Löhne und Gehälter nicht erhöht werden müssen. Denn es kann doch wohl nicht angehen, daß die breite Masse die Preiswelle schutzlos über sich ergehen lassen muß! Ferner, was wird aus den Unterstützungssätzen der Erwerbslosen, der Arbeitsinvaliden, Witwen usw., die sich ja in noch viel schlimmerer Lage als die in Arbeit stehenden Personen befinden. Dringende Fragen also, die sich naturgemäß ergeben und der Erlösung harren. Wahrt deshalb die Schlagkraft eurer Organisationen.

## Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau, Redaktion und Expedition der „Verbands-Zeitung" Berlin NW 40, Reichstagsufer 3. Fernsprecher: Hansa 4934.

**31. Beitragswoche vom 25. bis 31. Juli**

**Warnung vor Ludwig Börner.**

Der Müller Ludwig Börner aus Bayreuth hat auf falsche Angabe, daß er Verbandsmitglied sei, eine Bescheinigung von dem Ortsverein Mannheim für das Arbeitsamt in Bayreuth erhalten, daß er in der Ludwigshafener Walzenmühle trotz Vereinbarung nicht eingestellt sei. Mit diesem Schein versucht Börner die Ortsvereine glauben zu machen, daß er Verbandsmitglied sei. Das ist nicht der Fall. Börner ist ein großer Gegner der Organisation. Die Ortsvereine sind gewarnt. Der Schein ist Börner abzunehmen.

**Gestohlenes Mitgliedsbuch.**

Dem Kollegen Emil Swirrzeck, geb. 17. 11. 1879 zu Peterwitz, Kr. Ratibor, eingetreten 15. 3. 1909, Buch-Nr. 261 688, wurde sein Mitgliedsbuch gestohlen. Man achte auf den Vorzeiger dieses Buches.

### Genehmigte Lokalbeiträge

**Bischofsburg.** 10 Pf. ab 1. Mai. **Der Verbandsvorstand.**

### Eingänge der Hauptkasse

**vom 19. bis 24. Juli.**

**(Postscheckkonto der Hauptkasse: Berlin 12 079, Brauerei- und Mühlenarbeiter G. m. b. H., Berlin NW 40.)**

München 13 600,—. Liegnitz 596,79. Kiel 1131,25 und 1902,05. Insterburg 10,—. Darkehmen 10,—. Tilsit 30,—. Dresden 8,—. Berlin 27,15. Saarbrücken 114,35. Berlin 102,—. Varienstein 85,25. Düsseldorf 500,—. Görlitz 833,86. Guben 349,30. Habelschwerdt 108,40. Halberstadt 21,70. Neubrandenburg 170,27. Salzwedel 150,10. Schleswig 81,10. Stade 121,50. Tilsit 317,35. Wittenberg 366,40. Zeitz 545,50. Kreuzburg 8,—. Breslau 2332,—. Mainz 240,—. Kandrzin 150,— und 90,—. Berlin 930,—. Dresden 500,—. Köln 1200,—. Güstrow 77,15. Heidelberg 666,17. Heidmühle 41,60. Lüneburg 179,10. Oggersheim 525,10. Polzin 71,45. Sorau 81,80. Straubing 140,—. Wriezen 55,35. Würzburg 306,05. Bremen 695,50. Allenstein 67,91. Allstedt 59,—. Beuthen 6,35. Bremervörde 82,20. Bützow 125,26. Köln 500,—. Eisenach 341,15. Finsterwalde 159,75. Glatz 184,15. Gorkau 300,—. Grädiß 133,20. Hadmersleben 280,10. Kahla 320,—. Lübz 382,64. Mainz 6,91. Müllrose 159,80. Oldenburg 392,47. Pritzwalk 198,35. Salzungen 249,65. Schönebeck 12,96. Stendal 154,10. Uetersen 91,75. Werneuchen 16,—. Saarbrücken 760,—. Münster 700,—. Duisburg 2194,— und 89,85. Hamburg 5295,—. Erfurt 2350,—. Mannheim 4800,—. Bochum 2042,15. Leipzig 4200,—. Bochum 554,85. Nürnberg 4701,22. München 585,—. Aulendorf 420,90. Bernstadt 10,25. Coburg 650,—. Darkehmen 52,90. Fußdorf 23,35. Fürstenberg 98,14. Giesmannsdorf 352,18. Halle 500,—. Harburg 515,54. Lindau 27,21. München 2058,70. Neustadt a. d. Haardt 157,99. Neustadt a. d. Saale 100,—. Rotthalmünster 616,05. Rudolstadt i. Schl. 161,30. Vilshofen 128,05. Bremen 1704,06. Hamburg 14 038,30. Leipzig 2004,62. Berlin 1000,—. Apolda 200,88. Braunschweig 1160,85. Bremerhaven 223,95. Donaueschingen 550,60. Erlangen 200,—. Göppingen 464,40. Gotha 476,80. Grünstadt 252,30. Hameln 129,77. Kaiserslautern 610,—. Landeshut i. Schl. 65,26. Rastenburg 236,66. Stolp 78,10. Traunstein 571,01. Tuttlingen 252,84. Leipzig 29,—. Berg b. Muskau 4,40. Braunschweig 1735,90. Cassel 1253,22 und 600,—. Neiße 52,60. Augsburg 978,50. Bielefeld 430,85 und 100,—. Cöthen 24,37. Dortmund 936,89. Düsseldorf 124,30. Einbeck 113,40. Essen 127,55. Göttingen 510,26. Grimma 700,—. Hagen 230,08. Jsny 293,—. Mühlhausen 315,60. Osterburg 100,75. Ravensburg 355,—. Zwickau 627,— und 579,56.

### Aus den Bezirken und Ortsvereinen.

**Glatz.** Vors.: Hauk, Judenstr. 5.
**Hameln.** Kass.: Friedrich Matthies, Domeierstr. 4.

**Nachruf.**

Im II. Quartal 1926 starben unsere Kollegen:

**Rudolf, Julius**, Mühlenarbeiter, Kaufmannmühle, Mannheim,
**Henn, Nicolaus**, Bierfahrer, Schwanenbrauerei Schwetzingen,
**Gaugnus, Georg**, Brauer, Durlacherhofbrauerei, Mannheim,
**Abele, Georg**, Mühlenarbeiter, Rheinmühle, Mannheim,
**Hilpp, Andreas**, Arbeiter, Hefefabrik, Großsachsen.

Ehre ihrem Andenken!

**Ortsverein Mannheim-Ludwigshafen.**

**Nachruf.**

Unser braver Kollege
**Heinrich Meinelt**
ist am 7. Juli 1926 verstorben.
Wir werden seiner stets gedenken.

**Ortsverein Neiße.**

**Nachruf.**

Am 22. Juli starb unser lieber Kollege
**Josef Lotbl**
Wichsmeister, im Alter v. 46 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

**die Kollegen der Schultheißbrauerei Weißenthurm,**
**Die Ortsverwaltung Koblenz.**

Unsern Mitgliedern **Franz Bergmann, Johann Müller** und **Christian Schüller** zu ihrem 25jährigen Arbeitsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche nachträglich.

**Die Ortsverwaltung Koblenz.**

Unseren Kollegen **Bernhard Königer, Karl Sander, Adolf Schröder** zu ihrem 25jährigen Verbandsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche.

**Ortsverein Dessau.**

Unserm Kollegen **Franz Vaitl** nebst seiner lieben Frau zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.

**Die Kollegen der Zahlstelle Ulm a. d. D.**

Unserm Kollegen **Ewald Peters** und seiner lieben Frau zur Silberhochzeit, desgleichen zu seinem 52jährigen Arbeitsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche.

**Die Kollegen der Feldschlößchenbrauerei Chemnitz-Kappel.**

Unserm Kolleg. **Karl Schröders** nebst Frau zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.

**Ortsgruppe Pritzwalk.**

Unseren Kollegen **Jakob Schlagbauer** und **Johann Jonak** und ihren lieben Frauen zur Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

**Die Kollegen der Zahlstelle Kaiserslautern.**

Unserm Kollegen **Erich Schönemann** und seiner lieben Frau zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.

**Die Kollegen der Brauerei Sternburg, Lützschena-Leipzig.**

Unserem langjährigen Vorsitzenden der Ortsgruppe Düren, **Max Caspers** und seiner lieben Frau Anna, nachträglich zur silbernen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

**Ortsverein Aachen.**

Unserem langjährigen Kassierer der Brauerei Schmitz-Cornelimünster **Hubert Lehendecker** und seiner lieben Frau Magdalene zur Vermählung die besten Wünsche.

**Ortsverein Aachen.**

**Brauerschuhe**
aus Kernrindleder, wasserfest, extra starke Holzsohlen
Paar 7,— Mk. Versand Nachnahme
Sockenschoner billigst.
**Fellmeiter, München,**
Ledererstr. 5 II.

**Brauerhosen**
aus Dreidraht- und Zweidraht-Leder. Fordern Sie Muster ein. Muster gratis und franko.
**Herbert Fritsche**
Niederoderwitz i. Sa.

Billige Bohnsche **Bettfedern**
1 Kilo graue geschlissene G.-M. 3,—; halbweiße G.-M. 4,—; weiße G.-M. 5,—; bessere G.-M. 6—7; daunenweiche G.-M. 8,— bis 10,—; beste Sorte G.-M. 12,— bis 14,—; weiße ungeschlissene Rupfiedern G.-M. 7,—, 9,50, 11,— Versand franko, zollfrei, gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch oder Rücknahme gestattet.
**Benedikt Sachsel, Lobes No. 15, bei Pilsen, Böhm.**